

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

10.01.2024

Inhalt

EWN

1 Unternehmenschaft im Stimmungstief <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 10.01.2024</i>	3
2 14 Reaktoren auf einmal: Was hinter Frankreichs neuem Akw-Plan steckt <i>FOCUS online, 09.01.2024</i>	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 10.01.2024 | S. 16

 Auflage: 24.506 | Reichweite: 79.409

 Frank Pfaff

Unternehmerschaft im Stimmungstief

Mecklenburg-Vorpommern hat nach ersten Berechnungen im Jahr 2023 an Wirtschaftskraft verloren

Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern verliert nach einem schwachen Jahr 2023 weiter an Zuversicht. „Eine hohe Verunsicherung durchzieht das gesamte Erwartungsbild der Unternehmen und ihrer Verbände in Mecklenburg-Vorpommern wie in ganz Deutschland“, sagte Thomas Maync, Vizepräsident der Vereinigung der Unternehmensverbände (VU), am Dienstag in Schwerin. Er verwies dabei auf die Ergebnisse der traditionellen Verbandsumfrage zum Jahreswechsel. Dabei habe mehr als die Hälfte der befragten Branchenvertreter die Stimmung in ihrem Wirtschaftsbereich deutlich schlechter bewertet als vor einem Jahr. „Ein neuer Tiefpunkt“, konstatierte Maync.

Besonders deutlich zeige sich das in der Bauwirtschaft und im Tourismus. Den Bauunternehmen brächen die Aufträge weg und die Tourismusbranche befürchte wegen der Rückkehr zur Mehrwertsteuer für Speisen auf 19 Prozent, dass weniger Gäste kommen. Der Dachverband der Wirtschaft forderte daher, weiter den abgesenkten Steuersatz von 7 Prozent zu erheben. Um die Bauwirtschaft zu stärken, sollten Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und mehr öffentliche Aufträge erteilt werden.

Maync warnte unter Hinweis auf die jüngsten Protestaktionen der Landwirte davor, die aktuelle Situation in ihrer gesellschaftspolitischen Dimension zu unterschätzen. Politischer Anspruch und Wirklichkeit klafften derzeit weit auseinander. Das „politische Hickhack der Bundesregierung“ trage dazu bei. Die Unternehmen benötigten aber Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Der Unternehmer-Dachverband erneuerte die Forderung nach einem Belastungsmoratorium. Neue Gesetze und Vorschriften, die zu Lasten der Betriebe gehen, dürfe es weder im Land noch im Bund geben. Neben Bürokratieabbau fordert die Unternehmerschaft auch wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten. Zudem rief Maync die Gewerkschaften dazu auf, in den anstehenden Tarifverhandlungen maßvoll

zu sein. „Wir haben wenig Spielraum“, sagte er unter Hinweis auf die derzeitige Konjunkturdelle. Zu hohe Abschlüsse könnte dazu führen, dass die ohnehin geringe Tarifbindung in MV weiter sinke.

Die schwache wirtschaftliche Entwicklung hat 2023 in Mecklenburg-Vorpommern auch ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Wie der Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, Markus Biercher, in Schwerin mitteilte, stieg die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zu 2022 um 3600 oder 6,0 Prozent auf 63 200 an. Die Personalnachfrage der Unternehmen ging zurück und lag laut Biercher 8,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres.

Für das Jahr 2024 erwarte er trotz aller Unabwägbarkeiten eine insgesamt stabile Lage am Arbeitsmarkt. Den Prognosen zufolge sei mit einer Stagnation der Beschäftigung und einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Nach Einschätzung Bierchers wird es für Unternehmen dennoch immer schwerer, Fachkräfte zu finden, da immer mehr Beschäftigte altersbedingt aus dem Berufsleben ausschieden, ohne dass genügend junge Leute nachwachsen. Das bringe die Unternehmen dazu, ihre Belegschaft auch in Krisenzeiten zu halten, sagte Maync. Anders als in anderen Bundesländern planten laut Umfrage nur wenige Firmen in MV einen Personalabbau.

Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) sieht die Wirtschaft des Landes vor einer herausfordernden Zeit. Entscheidend sei, weiter auf zukunftsfähige Wirtschaftszweige zu setzen, Unternehmen bei Investitionen zu unterstützen und die Fachkräfte für kommende Aufgaben vorzubereiten, betonte er. Mecklenburg-Vorpommern setze auf innovative Wasserstofftechnologien und wolle einer der führenden Standorte für klimaneutrales Wirtschaften werden. Das schaffe zukunftssichere Arbeitsplätze, zeigte sich Meyer überzeugt. Skeptiker warnen angesichts der technischen Herausforderungen und finanziellen Erfordernisse allerdings vor zu großen Hoffnungen.

gen auf kurzfristige Erfolge.

Auch nach Einschätzung Meyers zeigt sich der Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern in robuster Verfassung. „Ich habe häufig das Gefühl, dass die Stimmung schlechter ist als die Lage“ sagte er. Zwar habe die Wirtschaft mit den Folgen der Inflation und hohen Energiekosten zu kämpfen, doch gebe es positive Signale. So seien die Beschaffungskosten für Strom und Gas um etwa die Hälfte gefallen. „Das müssen die Versorger nun auch an die Verbraucher weitergeben“, mahnte der Minister. Zudem bringe die geplante Änderung bei den Netzentgelten, die im Norden besonders hoch sind, ab 2025 deutlich mehr Entlastung in MV als zunächst erwartet.

Der AfD-Landtagsabgeordnete Martin Schmidt forderte die Landesregierung auf, die Sorgen der Unternehmen ernst zu nehmen und beim Bund auf eine Senkung der Abgaben- und Bürokratiebelastung zu drin-

gen. Dazu gehöre unter anderem die Senkung der Energiesteuer und die Abschaffung der CO₂-Bepreisung. Zudem müssten Berufspendler insbesondere in ländlichen Regionen entlastet werden. Schmidt forderte auch die Abschaffung des seit dem Vorjahr in MV gesetzlichen Frauenfeiertags am 8. März und mehr verkaufsoffene Sonntage, um die Konjunktur anzukurbeln.

Die an der Landesregierung beteiligte Linke übte ebenfalls Kritik an der Politik des Bundes: „Politische Fehlentscheidungen wie die Anhebung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie in der jetzigen Lage tragen nicht dazu bei, die Gemüter zu beruhigen“, sagte der Linke-Landtagsabgeordnete Henning Foerster. Auch er ermutigte die Unternehmen, die Beschäftigten in ihren Betrieben zu halten: „In Zeiten eines sich zunehmend verschärfenden Arbeits- und Fachkräftemangels wäre ein Stellenabbau für eine kurzfristige Entlastung kontraproduktiv.“



📰 FOCUS online | 09.01.2024 | S. online

🔗 WEBLINK

”DIE FLOTTE WIRD NICHT EWIG HALTEN”

14 Reaktoren auf einmal: Was hinter Frankreichs neuem Akw-Plan steckt

Die Meldung sorgte für Schlagzeilen: In der französischen Version der Energiewende will Paris gleich 14 neue Atomkraftwerke bauen - nicht sechs, wie ursprünglich geplant. Hinter der neuen Ankündigung stecken große Pläne - und ein Eingeständnis.

Sechs neue Meiler waren in Frankreichs Energie-Strategie bereits vorgesehen - jetzt sollen noch einmal acht hinzukommen. Die französische Regierung plant den Bau von insgesamt 14 neuen Atomkraftwerken bis 2050. Das kündigte Energieministerin Agnès Pannier-Runacher am Sonntag der Zeitung "Tribune Dimanche" an.

”Für 2050 brauchen wir acht Reaktoren zusätzlich oder die Leistung von acht zusätzlichen Reaktoren”, erklärte Pannier-Runacher am Montag dem Radiosender France Info. Die Leistung könne statt durch herkömmliche Kraftwerke auch aus der erforderlichen Zahl kleinerer, modularer Reaktoren gewonnen werden. ”Damit wir uns richtig verstehen: Wir fügen zusätzliche Kernkraft hinzu.” Die französische Regierung von Premierministerin Elisabeth Borne hat zwar am Montag ihren Rücktritt eingereicht, doch die großen politischen Linien werden traditionell nicht von der Regierung bestimmt, sondern vom Staatspräsidenten. Newsletter Konfiguration Focus online Earth

Sorge um die Flotte

Der geplante Bau der neuen Akws ist Teil einer ambitionierten neuen Strategie: Der Anteil fossiler Brennstoffe am gesamten Energieverbrauch - also nicht nur Strom - soll bis 2035 von 60 auf 40 Prozent sinken. Laut der Energieministerin erfordert dieses Ziel ab 2026 den Bau weiterer Kraftwerke mit einer Leistung von 13 Gigawatt. Dies entspreche ”der Leistung von acht” Reaktoren der Marke EPR, erklärte Pannier-Runacher und argumentierte: ”Die historische Atomflotte wird nicht ewig halten.”

Ein Großteil der französischen Atomflotte ist mittlerweile mehr als 40 Jahre alt, der Wartungs- und Repa-

raturbedarf steigt. Erst im Winter 2022 stand die Hälfte der insgesamt 56 Atomreaktoren im Land still: Durch die Corona-Pandemie konnten dringend notwendige Wartungsarbeiten nicht durchgeführt werden. An zwölf Meilern wiederum waren Korrosionsschäden festgestellt worden, die repariert werden mussten.

Langsam und teuer

Die neuen Reaktoren sollen also einen Teil der Flotte ersetzen - und gleichzeitig eine neue Technologie einführen. Das von Frankreich und Deutschland entwickelte EPR-Reaktormodell sollte nach der Tschernobyl-Katastrophe von 1986 die Kernkraft wiederbeleben und mehr Leistung bei größerer Sicherheit bieten. Drei Reaktoren sind in Betrieb, einer in Finnland und zwei in China. Jetzt soll das Modell die Zukunft der Atomkraft in Frankreich sichern.

Dafür muss es allerdings schnell gehen. Die neue Strategie ”muss 2024-2025 beschlossen werden, um 2050 wirksam zu werden”, sagte Pannier-Runacher bei France Info. Bislang war der Bau von EPR-Projekten allerdings vor allem mit Verzögerungen und Kostenexplosionen verbunden.

Der im April ans Netz gegangene ”Block 3” des finnischen Kernkraftwerks Olkiluoto, seines Zeichens der leistungsstärkste Reaktor Europas, wurde erst mit zwölfjähriger Verspätung fertig, zum Dreifachen der ursprünglich veranschlagten Kosten. r neue Kraftwerksblock im französischen Flamanville hätte eigentlich 2012 ans Netz gehen sollen, ist aber immer noch nicht fertig. Auch dort haben sich die geschätzten Kosten vervielfacht, von 3,3 Milliarden auf mittlerweile 18 Milliarden Euro.

Deutschland überstimmt

Um die Finanzierung des Akw-Plans zu sichern, hat Frankreich in den letzten beiden Jahren sein gesamtes diplomatisches Gewicht in die Waagschale geworfen. Auf europäischer Ebene hat Paris die Einstufung der Atomkraft als "grüner" Energieform durchgesetzt, was ihr - zumindest theoretisch - Vorteile bei der Suche nach Investoren bringt. Unter der geplanten Reform des europäischen Strommarktes sind in der EU außerdem künftig weiter staatliche Subventionen für Atomkraftwerke erlaubt. Die Bundesregierung hatte sich dafür eingesetzt, ausschließlich erneuerbare Energien zu fördern - wurde aber überstimmt.

Auch Frankreich wolle allerdings auf die Erneuerbaren Energien setzen, sagte Pannier-Runacher zu France Info. Grundsätzlich gehe es darum, in Frankreich ausreichend Energie zu einem erschwinglichen Preis zu produzieren. Kernenergie und erneuerbare Energien dürften dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein Gesetzentwurf, der seit einigen Monaten in Paris kursiert, spricht jedoch eine andere Sprache: Nach Berichten verschiedener französischer Medien streiche der Entwurf zum "Gesetz der Energiesouveränität" sämtliche Ausbauziele für Solar- und Windkraft. Als Ziel verankert sei dafür die "nachhaltige Entscheidung, Kernenergie zu nutzen."